

Francois Hollande im TV-Interview zum
französischen Nationalfeiertag:

Massenkündigungen bei Peugeot-Citroen „inakzeptabel“ / Anstrengungen zum Schuldenabbau müssen „gerecht“ verteilt sein

VON DANNY LEDER, PARIS

Die sozialpolitische Tragödie und die private Komödie lagen gestern knapp beieinander, beim TV-Interview von Francois Holland zum französischen Nationalfeiertag. Der erst seit Mitte Mai amtierende, sozialistische Staatschef musste vor allem die Ängste besänftigen, die am Vortag hoch geschwellt waren, nachdem der Autokonzern PSA (Peugeot-Citroen), angekündigt hatte, er werde sich eines Zehntels seiner Arbeitnehmer entledigen und seine Fabrik im Pariser Vorort Aulnay schließen. Wobei verschärfend dazu kommt, dass zurzeit insgesamt etwa 70.000 Arbeitsplätze in den diversesten Wirtschaftssparten vor dem Aus stehen, und darüber hinaus in den nächsten zwölf Monaten sogar mit dem Abbau von 800.000 Stellen in Frankreich gerechnet wird.

Gleichzeitig versuchte Hollande gestern erstmals einen verbalen Befreiungsschlag gegenüber der ebenso skurrilen wie lästigen Eifersuchtsaffäre zwischen seiner heutigen Lebensgefährtin, der Journalistin Valerie Trierweiler, und seiner vormaligen Partnerin und Mutter seiner vier Kinder, der SP-Politikerin Ségolène Royal.

Eingangs war der Staatschef zu den Entlassungen bei Peugeot befragt worden: „Der Staat wird das nicht zulassen“, erklärte Hollande und bezeichnete den von der Direktion des Autokonzerns vorgelegten Plan „in seiner derzeitigen Fassung“ als „inakzeptabel“, weshalb er „neu verhandelt“ werden müsse. Es werde „keine glatten Kündigungen“ geben, versprach der sozialistische Präsident.

Er beschuldigte die Konzernleitung der „Lüge“, weil sie ihren Kündigungsplan schon zu Jahresbeginn erstellt, aber aus Rücksicht auf die Wahlkampagne von Nicolas Sarkozy aufgeschoben hatte. Auch mit den

Aktionären von PSA ging Hollande hart ins Gericht, weil diese, trotz der absehbaren Schwierigkeiten, noch Dividenden eingestreift hatten.

Für die Zukunft kündige Hollande Maßnahmen an, um zum Kauf von französischen Autos „stärker anzuregen“: etwa durch ein „Bonus-Malus“-System, das „saubere“, weil halbelektrische PKWs begünstigen werde.

Hollande schilderte die Situation des Landes in ungeschöner Weise: die Staatsschuld habe einen „historischen Rekord“ erreicht, das gelte auch für die Arbeitslosenrate von 10 Prozent und das Außenhandelsdefizit, das sich im Vorjahr auf 70 Milliarden Euro belief. Ohne „Wiederaufrichtung“ der Finanzen würde Frankreich seine „Souveränität“ und „Handlungsfähigkeit“ verlieren, warnte Hollande. Er weigerte sich aber das Wort „Rigueur“ (sinngemäß: Sparpolitik) zu verwenden, weil das nach „Bestrafung“ klinge. „In meinem Mund werden sie nur den Begriff *gerechte Anstrengung* hören“. Dabei seien vor allem die privilegierten Schichten gefordert. Nachdem diese Schichten von der „vorhergehenden (bürgerlichen) Regierung steuerlich begünstigt wurden und viel bekommen haben“, sei es an der Zeit, dass sie ihren Beitrag zur Genesung des Landes leisten, betonte Hollande in Hinblick auf die von ihm geplanten Steuererhöhungen für Spitzenverdiener, Grossvermögens-Besitzer und Konzerne : „Das nenne ich Patriotismus“.

Die Affäre um Valerie Trierweiler kam in dem TV-Interview naturgemäß nur sehr kurz und gegen Ende zur Sprache. Erstens weil das Thema in Frankreich weniger prominent behandelt wird, als im Ausland oft vermutet wird. Zweitens war auch Hollande daran gelegen, diese Affäre auf ihre reale, politisch nichtige und private Dimension herunterzustutzen und für beendet zu erklären, weil alles weitere, diesbezügliche Herumgerede angesichts der sozialen Lage Frankreichs als Frivolität erscheinen würde.

Außerdem geht es Hollande darum, das von ihm gepflegte Image des „normalen“, also der Bevölkerung nahe stehenden Präsidenten zu bewahren, um sich weiterhin gegenüber seinem Vorgänger Nicolas Sarkozy abzuheben, der anfänglich sein luxuriöses Privatleben, seine Eskapaden in die Welt der Schicki-Mikis und seine Verhaberung mit Superreichen demonstrativ zur Schau gestellt hatte. Hollande ist von einer derartigen Unart zwar weit entfernt, und die diesbezüglichen Vergleiche mit Sarkozy hinken allesamt. Der sozialistische Staatschef tat trotzdem gestern gut daran, sich kurz zu fassen, als er zur Affäre Trierweiler befragt wurde: „Ich bin für eine klare Unterscheidung zwischen öffentlichem und privatem Leben. Ich erwarte, dass private Angelegenheiten privat geregelt werden. Ich habe daher den mir nahestehenden Personen gesagt, sie sollen dieses Prinzip genauestens befolgen“. Zur Rolle der Premier Dame meinte er: „Valerie will ihre berufliche Tätigkeit bewahren. Ich verstehe das.

Und von da ausgehend wird sie an meiner Seite stehen, wenn es das Protokoll erfolgt, was nicht sehr oft der Fall ist“.

Trierweiler war Mitte Juni in die Kampagne für die Parlamentswahlen hineingeplatzt: mit einer per Twitter versandten Erklärung hatte sie für einen SP-Dissidenten Partei ergriffen, der in der westfranzösischen Stadt La Rochelle gegen die offizielle Kandidatin der Sozialisten, Ségolène Royal, antrat. Der Dissident siegte schließlich über Royal, obwohl diese von Hollande demonstrativ unterstützt wurde. Aber gerade diese Unterstützung ihres Lebensgefährten für seine Ex-Partnerin hatte die maßlose Wut von Trierweiler ausgelöst und sie zu ihrem provokanten Polit-Twitt verleitet.

Daraufhin entfesselte sich erstmals die Kritik an Trierweiler, der vorgeworfen wurde, sie würde eine illegitime politische Machtrolle an der Seite des Präsidenten beanspruchen. „Wer ist der Chef?“ titelte etwa das Magazin „*L'Express*“ und brachte dazu ein Foto von Hollande und Trierweiler. Tatsächlich hatte Hollande während seiner Wahlkampagne eine Art Arbeitsduo mit Trierweiler, die eine erfahrene Politjournalistin ist, gebildet. Im Elysée-Palast verfügt sie jetzt auch über ein eigenes Büro. Ihre genaue Rolle blieb aber ungeklärt, wobei sie selber ursprünglich beteuerte, sie wolle weiterhin als Journalistin arbeiten, um für ihre drei Kinder aus einer vorherigen Ehe „selber zu sorgen“.

Hollande hatte erste versucht die Affäre aussitzen und sich dazu nicht öffentlich nicht zu äußern. An seiner Stelle ließ er Premier Jean-Marc Ayrault den überraschenden Vorstoß von Trierweiler kritisieren, ohne diese allerdings namentlich zu nennen („Jeder hat auf seinem Platz zu bleiben“). Bei Auslandsreisen, wie zuletzt beim Besuch von Hollande bei der Queen in London, war Trierweiler nicht zugegen. Wie geplant, endete diese Quarantäne mit der Anwesenheit von Trierweiler an der Seite des Staatschefs auf der Ehrentribüne bei der gestrigen Militärparade.

Der älteste Sohn von Hollande und Royal, der 27 jährige Anwalt Thomas Hollande, hatte freilich knapp zuvor diese Beruhigungsbemühungen durchkreuzt. Francois Hollande hatte ihn zwar gebeten, dieses „Feuilleton“ nicht weiter „anzustacheln“. Aber Thomas, der für seinen Vater die Wahlkampagne im Internet geleitet hatte und ihm auch persönlich sehr nahesteht, brach diese Woche sein Schweigen in einem Gespräch mit einer Journalistin des Magazins *Le Point*: „Ich wusste, dass von ihr (Trierweiler) etwas kommen würde, aber nicht so ein großer Schlag. Das war irre“. Das tue ihm besonders für seinen Vater leid, weil es sein „Normalitäts-Image“ zerstöre. Er und seine drei Geschwister würden jetzt jeden Kontakt mit Trierweiler ablehnen. Sie sei ein

„Faktor der Instabilität“. Danach konnte Francois Hollande eine öffentlichen
Stellungnahme nicht mehr vermeiden. Und diese erfolgte gestern.